

# Gegen Extremismus an Schulen

---

## **20. August 2026 – Gegen Extremismus an Schulen – konsequent handeln, präventiv stärken – Landeselternrat Sachsen begrüßt neuen Aktionsplan**

Der Landeselternrat Sachsen begrüßt den neuen Aktionsplan gegen Extremismus an Schulen. Dass der Freistaat Sachsen das Problem klar benennt, Handlungssicherheit stärken und die Akteurinnen und Akteure an Schulen besser unterstützen will, ist ein wichtiges Signal. Zugleich macht der Landeselternrat deutlich: Der Aktionsplan kann nur ein Baustein sein. Wer Extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung nachhaltig bekämpfen will, muss früher ansetzen und die Ursachen stärker in den Blick nehmen.

Rechte Parolen und Symbole sowie menschenverachtende und diskriminierende Einstellungen sind an Schulen kein neues Phänomen. Sie waren nie vollständig verschwunden. In den vergangenen Jahren ist jedoch die Sensibilität innerhalb der Schulgemeinschaften gewachsen. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und weitere Beschäftigte schauen genauer hin und sind zunehmend bereit, Vorfälle zu benennen und anzuzeigen. Diese Entwicklung ist ausdrücklich zu begrüßen. Der Aktionsplan kann dazu beitragen, die handelnden Akteurinnen und Akteure zu bestärken und ihnen mehr Sicherheit im Umgang mit entsprechenden Vorfällen zu geben.

„Es ist wichtig, dass wir endlich klar und deutlich hinschauen. Rechte Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verschwinden nicht dadurch, dass wir sie verharmlosen oder wegsehen. Dass heute mehr Vorfälle erkannt, benannt und angezeigt werden, ist deshalb auch Ausdruck einer gewachsenen Sensibilität und eines stärkeren Verantwortungsbewusstseins in unseren Schulgemeinschaften“, erklärt **Stefan Kraft**, Vorsitzender des Landeselternrates Sachsen.

Rechte Gruppierungen versuchen seit vielen Jahren, ihre menschenverachtenden und diskriminierenden Botschaften über Jugendkulturen, Subkulturen und vermeintlich unpolitische Angebote an junge Menschen heranzutragen. Symbole, Codes, Musik, Kleidung und andere Ausdrucksformen können dabei gezielt genutzt werden, um Ideologien zu verbreiten und Grenzen zu verschieben. Vieles wurde über lange Zeit verharmlost oder schlicht ignoriert.

„Wir brauchen deshalb ein starkes und lautes Bündnis gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus – nicht nur in den großen Städten, sondern überall in Sachsen, auch in den kleinen Städten und ländlichen Regionen. Wo Menschen wegen ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität, Behinderung oder anderer Merkmale abgewertet werden, müssen wir gemeinsam widersprechen. Das ist keine Nebenaufgabe, sondern eine zentrale Aufgabe für den Schutz und die Zukunft unserer Demokratie“, sagt **Markus Rau**, stellvertretender Vorsitzender des Landeselternrates Sachsen.

Aus Sicht des Landeselternrates darf die Reaktion auf konkrete Vorfälle jedoch nicht im Mittelpunkt allein stehen. Konsequentes Handeln, klare Grenzen und wirksame Unterstützung bei akuten Vorfällen sind notwendig. Ebenso notwendig ist es, junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich zu begleiten, ihnen demokratische Werte zu vermitteln und sie in ihrer persönlichen Entwicklung zu stärken. Dafür braucht es ausreichend Fachkräfte und verlässliche Strukturen an den Schulen.

Der Landeselternrat Sachsen fordert deshalb weiterhin mindestens eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule in Sachsen. Diese Absicherung muss verbindlich im Landesprogramm Schulsozialarbeit verankert werden. Darüber hinaus braucht es weitere Fachkräfte und multiprofessionelle Teams, die gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern präventiv arbeiten und Ursachen frühzeitig erkennen können.

„Prävention beginnt nicht erst dann, wenn ein Hakenkreuz an einer Wand auftaucht oder eine rechte Parole im Klassenraum fällt. Wir müssen junge Menschen von Anfang an begleiten, ihre Sorgen und Konflikte ernst nehmen und ihnen Räume für Orientierung, Beteiligung und demokratische Erfahrungen geben. Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams sind dafür unverzichtbar. Wer Extremismus wirksam zurückdrängen will, darf nicht erst bei den sichtbaren Symptomen beginnen“, betont **Manuela Schilling**, stellvertretende Vorsitzende des Landeselternrates Sachsen.

Der Landeselternrat unterstreicht zugleich die Verantwortung aller Erwachsenen. Einer menschenfeindlichen oder rechten Ideologie zu widersprechen, darf nicht allein Aufgabe von Schulen oder Fachkräften sein. Es reicht auch nicht aus, lediglich Zahlencodes, Symbole und eindeutige Parolen erkennen zu können. Notwendig ist die Bereitschaft, das eigene Verhalten und Denken immer wieder zu hinterfragen, einzuordnen und gegebenenfalls zu verändern.

Eine wichtige Voraussetzung für einen wirksamen Umgang mit Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist zudem die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrkräfte. „Die vorhandenen Fortbildungsangebote müssen auch tatsächlich genutzt werden können. Der Landeselternrat Sachsen fordert deshalb ein verbindlich abgesichertes Recht auf regelmäßige Weiterbildung und eine entsprechende Verpflichtung, sich in relevanten Themenfeldern fortzubilden“, erklärt Stefan Kraft. Schulen und Lehrkräfte brauchen dafür ausreichend Zeit, verlässliche Vertretungsregelungen und praxisnahe Angebote. „Fortbildung darf nicht zusätzlich zur ohnehin hohen Belastung erfolgen, sondern muss fester Bestandteil des beruflichen Selbstverständnisses und des Arbeitsalltags sein.“

„Demokratie lebt davon, dass Menschen nicht wegsehen, wenn andere ausgegrenzt oder abgewertet werden. Der Landeselternrat Sachsen steht als Partner bereit. Der Aktionsplan ist ein wichtiges Signal und kann die Menschen in unseren Schulen stärken. Jetzt muss daraus eine umfassende Strategie werden: konsequent gegen konkrete Vorfälle vorgehen, Prävention dauerhaft stärken und die Schulen personell so ausstatten, dass sie dieser Aufgabe auch gerecht werden können. Der Schutz unserer Kinder und unserer Demokratie darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen“, so **Stefan Kraft** abschließend.